Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 60

Mittwoch, den 1. Juni

1921

Inhalt: Bekanntmachung, betreffend eine Professur für Haut- und Geschlechtskrankheiten. S. 225. — Verordnung, betreffend Sicherstellung der Milchversorgung. S. 225. — Bekanntmachung, betreffend den Verkehr mit Milch. S. 226. — Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Milch im Gebiete der Landbesitzenschaften der Westlande, Marschlande und Bergedorf. S. 242.

Bekanntmachungen des Senats.

Bekanntmachung,

betreffend

eine Professur für Haut- und Geschlechtskrankheiten.

Der Senat verkündet als Gesetz, daß die Bürgerschaft beschlossen hat, daß eine außerordentliche Professur für Haut- und Geschlechtskrankheiten an der Hamburgischen Universität geschaffen werde.

Ausgefertigt Hamburg, den 30. Mai 1921.

Der Senat.

Bekanntmachungen der Verwaltungsbehörden und der nachgeordneten Stellen.

Verordnung,

betreffend

Sicherstellung der Milchversorgung.

Auf Grund des § 3 der Reichsverordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 in Verbindung mit der Bekanntmachung des Senats vom 23. Mai 1921 wird folgendes verordnet:

§ 1

Die als Milchverteiler amtlich zugelassenen Milchhändler sind verpflichtet, ihre sämtlichen über die Lieferung von Vollmilch mündlich oder schriftlich getätigten Vertragsabschlüsse unverzüglich, spätestens aber innerhalb einer Woche nach Abschluß des Vertrages der Milchabteilung des Hamburgischen Kriegsverfürsungsamtes anzuzeigen.

Von schriftlich abgeschlossenen Verträgen ist eine Ausfertigung einzureichen; mündliche Abmachungen sind schriftlich in der Weise mitzuteilen, daß zu erkennen ist, mit welchem Lieferanten die Abmachungen getroffen, welche Mindest- und Höchstmengen abgeschlossen und welche Preise vereinbart sind.

§ 2

Milchhändler, die bis zum 31. Juli 1921 nicht den Nachweis erbracht haben, daß sie sich eine für den Umfang ihres Geschäftes angemessene Menge Vollmilch durch Abschluß eines Vertrages mit auswärtigen oder hiesigen Lieferanten gesichert haben, können von der weiteren Milchverteilung ausgeschlossen werden.

§ 3

Milchhändler, die unrichtige oder unvollständige Angaben machen oder abgeschlossene Verträge oder sonstige die Milchlieferung betreffende Abmachungen mit ihren Lieferanten nicht in der im § 1 bestimmten Frist der Milchabteilung anzeigen, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben dieser Strafe kann die Ausschließung von der weiteren Milchverteilung durch die Milchabteilung erfolgen.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Juni 1921 in Kraft.

Hamburg, den 30. Mai 1921.

Hamburgisches Kriegsverfürsungsamt.

Bekanntmachung,
betreffend
den Verkehr mit Milch.

Auf Grund des § 3 der Reichsverordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 498) und der Bekanntmachung des Senats zur Ausführung dieser Verordnung vom 23. Mai 1921 wird angeordnet:

I. Milcharten.

§ 1

Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre, milchbedürftige kranke Personen, werdende Mütter in den letzten 6 Monaten vor der Entbindung sowie stillende Mütter haben Anspruch auf eine vorzugsweise Versorgung mit Vollmilch und erhalten eine Vollmilchtafel.

§ 2

Die Ausgabe der Vollmilchkarten erfolgt:

- I. in der für die Wohnung des Antragstellers zuständigen Bezirks-Ausgabestelle des Hamburgischen Kriegsverorgungsamts (Schule):
 - a) für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre,
 - b) für werdende Mütter in den letzten 6 Monaten vor der Entbindung und für stillende Mütter gegen Einreichung einer entsprechenden Schwangerschafts- bzw. Stillbescheinigung, die von einem Arzte, einer Poliklinik, einer Hebamme oder einer Schwester der hiesigen Säuglingszentrale unterschrieben sein muß,
- II. in der Krankenkostabteilung der Gesundheitsbehörde für milchbedürftige kranke Personen gegen Einreichung einer ärztlichen Bescheinigung darüber, daß die Krankheit den Bezug von Vollmilch erforderlich macht.

II. Allgemeine Bestimmungen.

§ 3

Die Milchmenge, die auf die Milchkarten vorzugsweise bezogen werden darf, wird durch Ausdruck auf die Milchkarten oder durch die Tagespresse bekanntgegeben. Sie beträgt im Höchstfalle:

für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre	1 Liter Vollmilch täglich,
„ „ 3. „ 4.	$\frac{3}{4}$ „
„ „ 4. „ 5.	$\frac{1}{2}$ „
werdende Mütter in den letzten 6 Monaten vor der Entbindung und für stillende Mütter	$\frac{3}{4}$ „
„ kranke Personen	$\frac{1}{4}$ bis 1 „

Auch auf die zugelassenen Höchstmengen besteht ein Anspruch nur insoweit, als Milch vorhanden ist.

§ 4

Der Milchbezug auf eine Milchkarte ist unterlagt, wenn der Inhaber zum Besitze der Milchkarte nicht oder nicht mehr berechtigt ist. Die Milchkarte ist in einem solchen Falle der Ausgabestelle unverzüglich zurückzugeben.

§ 5

Unter den Vollmilchvorzugsberechtigten (§§ 1 und 3) steht den Kindern im 1. und 2. Lebensjahre, nächst ihnen den kranken Personen der Vorrang zu.

§ 6

Die Ausfuhr von Milch aus dem Stadtgebiet ist, soweit es sich nicht um die Mitnahme geringfügiger Mengen zum Selbstverbrauch handelt, verboten.

Wenn die besonderen Umstände es rechtfertigen, kann das Hamburgische Kriegsverorgungsamt auf Antrag Ausnahmen zulassen.

§ 7

Die Verarbeitung (Verbutterung, Entrahmung, Verflüssung usw.) von Vollmilch ist nur mit Genehmigung des Hamburgischen Kriegsverorgungsamts gestattet. Das Amt kann darüber, wie und durch wen eine etwa erforderlich gewordene Verarbeitung zu erfolgen hat, besondere Anordnungen treffen.

Die im Besitze von Milchverteilungsstellen befindlichen Einrichtungen zur Herstellung von Butter können auf Anweisung der Milchabteilung unter antilichem Siegel genommen werden.

Über derart versiegelte Einrichtungen zur Herstellung von Butter darf nur mit Genehmigung der Milchabteilung verfügt werden.

§ 8

Die Verfütterung von Milch jeder Art an Tiere ist im Stadtgebiet untersagt.
Das Hamburgische Kriegsvorversorgungsamt kann, wenn die besonderen Umstände es rechtfertigen, Ausnahmen zulassen.

III. Milchverteilung.

§ 9

Der Handel mit Kuhmilch ist nur mit besonderer Erlaubnis des Hamburgischen Kriegsvorversorgungsamts zulässig.

Die Erlaubnis wird nur erteilt, wenn der Milchhändler die nötige Gewähr für Abgabe einwandfreier Milch und für die Beachtung der Vorschriften über den Verkehr mit Milch bietet, insbesondere über die nötigen Fachkenntnisse verfügt, und wenn die für den Milchhandel in Aussicht genommenen Räume den bestehenden Bestimmungen entsprechen. Außerdem muß der Milchhändler das Recht auf festen Bezug einer zur Führung eines Geschäftes hinreichenden Menge von Milch nachweisen.

§ 10

Die am 1. Juni 1921 von der Milchabteilung des Hamburgischen Kriegsvorversorgungsamts als Milchverteilungsstellen amtlich anerkannten Milchhändler gelten als vorläufig zugelassen. Sie haben bis zum 1. Juli 1921 einen Antrag auf Erteilung der endgültigen Erlaubnis bei der Milchabteilung einzureichen.

§ 11

Inhabern von Milchverteilungsstellen, die sich als unzuverlässig erweisen haben oder die bei der Milchverteilung die über den Verkehr mit Milch erlassenen Gesetze, Verordnungen oder Anordnungen des Hamburgischen Kriegsvorversorgungsamts oder anderer zuständiger Behörden nicht beachten oder bei denen die Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 nicht mehr vorliegen, kann durch Anordnung des Hamburgischen Kriegsvorversorgungsamts jederzeit die Erlaubnis wieder entzogen werden.

§ 12

Gegen einen Beschluß des Hamburgischen Kriegsvorversorgungsamts, durch den eine erteilte Erlaubnis wieder entzogen wird, kann innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Zustellung des Beschlusses schriftlich oder zu Protokoll Beschwerde eingelegt werden.

Die Beschwerde ist beim Hamburgischen Kriegsvorversorgungsamt anzubringen.

Über die Beschwerde entscheidet die Senatskommission für Gewerberechtsachen endgültig.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 13

Sämtliche Milchverteilungsstellen haben Nachweise zu führen über die von ihnen täglich bezogenen Vollmilchmengen und über deren Verwendung. Sie haben bis zum 5. jeden Monats eine wahrheitsgemäße Anzeige über die Menge der von ihnen im vorhergehenden Monat täglich aus dem Stadtgebiet oder von außerhalb bezogenen und abgesetzten Vollmilch der Milchabteilung einzureichen.

Als Tag gilt der Kalendertag.

§ 14

Die Aufzeichnungen über den Ein- und Verkauf von Vollmilch sind täglich vorzunehmen.

Die Tageeintragungen sind auf Vordrucke, die bei der Milchabteilung abzufordern sind, zu übertragen und bis zum 5. des nächsten Monats der Milchabteilung einzureichen.

Die Inhaber der Milchverteilungsstellen müssen dafür Sorge tragen, daß sie jederzeit imstande sind, die Richtigkeit der von ihnen bewirkten Eintragungen durch Vorlegung geeigneter Belege (Rechnungen der Lieferanten, Zahlungsquittungen, Frachtbriefe, Versandschriebe usw.) nachzuweisen.

§ 15

Die von der Verrechnungsstelle in Ausführung der Bekanntmachung des Senats vom 17. Januar 1921 erlassenen Anordnungen bleiben in Kraft, soweit die Verrechnung der Milchbezüge für die Zeit bis zum 31. Mai 1921 noch nicht abgeschlossen ist.

§ 16

Die Inhaber der Milchverteilungsstellen sind verpflichtet, den Beamten und ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der Milchabteilung das Betreten ihrer Geschäftsräume und derjenigen Privaträume, die zur Aufbewahrung von Milch, der vorgeschriebenen Listen und sonstiger Geschäftspapiere benutzt werden, ferner die Einsichtnahme in ihre Geschäftsbücher und in die von ihnen zu führenden Listen, auch die Feststellung und Nachprüfung des vorhandenen Milchvorrats jederzeit zu gestatten sowie jede gewünschte Auskunft zu erteilen und ihren Anordnungen Folge zu leisten.

Die Beamten und ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Milchabteilung haben über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die gelegentlich der Ausübung ihres Amtes zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu bewahren.

§ 17

Die Abgabe der Vollmilch an die Vorzugsberechtigten durch die Milchverteilungsstellen erfolgt nach dem System der festen Kundschaft.

Jede Milchverteilungsstelle ist gehalten, nach Anweisung der Milchabteilung Kundenlisten zu führen.

§ 18

Der Antrag auf Eintragung in die Kundenlisten ist von den Inhabern der Milcharten bei derjenigen Milchverteilungsstelle anzubringen, von der sie die Milch zu beziehen wünschen.

Keine Milchverteilungsstelle darf die Eintragung in ihre Kundenlisten verweigern, solange die ihr zur Verfügung stehende Milchmenge zur Befriedigung des Bedarfs auch des Antragstellers ausreicht.

Keine Milchverteilungsstelle darf weitere Anmeldungen zu ihren Kundenlisten entgegennehmen, sobald die ihr zur Verfügung stehende Milchmenge zur Bedienung des Antragstellers nicht mehr ausreicht.

Ist die Milchverteilungsstelle aus Mangel an Milch nicht mehr in der Lage, Anträgen auf Eintragung in ihre Kundenlisten zu entsprechen, so hat sie die Antragsteller entsprechend zu verständigen.

§ 19

Bei der Vornahme der Eintragung in die Kundenlisten hat der Inhaber der Milchverteilungsstelle den Anhang von der Milcharte des Antragstellers abzutrennen. Vorher hat er seinen Namen und seine Wohnung und die auf den Antragsteller entfallende Nummer der Kundenliste sowohl in dem Kopfstück als auch in dem Anhang der Milcharte an der dafür vorgesehenen Stelle einzutragen.

Die Abtrennung des Anhangs der Milchkarte und die Eintragung in die Kundenlisten darf nicht erfolgen, wenn der Name des Bezugsberechtigten sowie die Unterschrift und Wohnung des Haushaltungsvorstands an der dafür vorgesehenen Stelle im Kopfstück der Milchkarte und auf der Rückseite des Anhangs fehlen.

§ 20

Die in Gemäßheit des § 19 von den Milchkarten abgetrennten Anhänge sind von den Milchverteilungsstellen der Milchabteilung einzureichen.

§ 21

Vorzugsberechtigte, von deren Milchkarte der Anhang schon abgetrennt ist, dürfen nur auf Anweisung der Milchabteilung in die Kundenlisten einer Milchverteilungsstelle aufgenommen werden.

§ 22

Ist die Eintragung in die Kundenlisten einer Milchverteilungsstelle bewirkt, so ist ein Wechsel der Milchverteilungsstelle nur mit Genehmigung der Milchabteilung zulässig.

§ 23

Die Milchverteilungsstellen sind verpflichtet, zunächst die im Besitze von Milchkarten befindlichen vorzugsberechtigten Verbraucher mit Vollmilch zu beliefern.

Der Verkauf von Vollmilch an nichtvorzugsberechtigte Verbraucher ist nur dann gestattet, wenn nach restloser Belieferung aller in die Kundenliste eingetragenen Vorzugsberechtigten noch ein Überschuß zur Verfügung steht.

§ 24

Für den Verkauf von Vollmilch an Vorzugsberechtigte hat jede Milchverteilungsstelle eine angemessene Verkaufszeit festzusetzen.

Die Verkaufszeit ist durch Aushang im Schaufenster und im Geschäftsraum an deutlich sichtbarer Stelle bekanntzugeben.

§ 25

Der Verkauf von Vollmilch an Vorzugsberechtigte soll in der Regel beendet sein, bevor mit dem freien Verkauf begonnen werden darf.

Führt der gleichzeitige Verkauf von Kartennmilch und freier Milch zu Unzuträglichkeiten, insbesondere zu einer Erschwerung des Milchbezuges für die Vollmilchvorzugsberechtigten, so kann die Milchabteilung die Festsetzung von getrennten Verkaufszeiten anordnen.

§ 26

Ist eine Milchverteilungsstelle infolge unvorhergesehenen Rückgangs der Zufuhren länger als drei Tage nicht in der Lage, die bei ihr eingetragenen Vorzugsberechtigten zu beliefern, so hat sie hiervon der Milchabteilung Mitteilung zu machen.

§ 27

Zur Herbeiführung einer geregelten Verteilung der Vollmilch an die Vorzugsberechtigten ist die Milchabteilung befugt, zu bestimmen, daß einzelne Milchverteilungsstellen einen Teil der von ihnen bezogenen Milch an andere Milchverteilungsstellen abzugeben haben.

Wenn die Lage der Verhältnisse es erfordert, kann auch eine Umschreibung von Milcharten aus der Kundenliste einer Milchverteilungsstelle in die einer anderen angeordnet werden.

§ 28

Die Zustellung der Milch durch die Milchverteilungsstellen in die Wohnung des Verbrauchers ist nur gestattet, wenn die Milch in fest verschlossenen Flaschen geliefert wird. Die Füllung der Flaschen darf nur in den Betriebsräumen des Händlers vorgenommen werden.

Die Milchabteilung kann Ausnahmen zulassen.

Die Vorschrift des Absatzes 1 bezieht sich nicht auf die Belieferung von Krankenhäusern, Anstalten und sonstigen Großverbrauchern.

IV. Anstalten.

§ 29

Krankenhäuser, Lazarette, Milchküchen, Krippen und ähnliche Anstalten können die Verteilung von Sammelmilchkarten, die zum vorzugsweisen Bezuge von Vollmilch berechtigen, bei der Milchabteilung beantragen.

§ 30

Die Abgabe der auf Sammelmilchkarten vorzugsweise bezogenen Vollmilch an Verbraucher darf nur auf Milchkarte erfolgen.

Inhaber von Sammelmilchkarten haben nach Anweisung der Milchabteilung monatlich eine Aufstellung einzureichen, aus der die täglich bezogene Milchmenge ersichtlich ist. Die Kontrollabschnitte der Sammelmilchkarten sowie die bei der Abgabe von Milch entwerteten Milchkartenabschnitte sind beizufügen.

V. Verkehrsbeschränkungen für freie Milch.

§ 31

Die gewerbsmäßige Abgabe von Vollmilch und Sahne zur Verwendung zu Getränken oder zur Bereitung von Speisen ist in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Erfrischungsräumen, in Koubitoreien, Bäckereien und Trinkhallen verboten.

Verboten ist ferner:

1. Vollmilch, Magermilch und Sahne in gewerblichen Betrieben zur Herstellung von anderen Erzeugnissen als von Butter und Käse zu verwenden;
2. Sahne in den Verkehr zu bringen außer zur Herstellung von Butter und Käse in gewerblichen Betrieben und außer zur Abgabe an Kranke und Krankenanstalten auf Grund amtlicher Bescheinigung;
3. geschlagene Sahne, Schlagjahne oder Sahnepulver herzustellen.

Auf ausländische Dauersahne finden diese Vorschriften keine Anwendung.

VI. Schlußbestimmungen.

§ 32

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den vorstehend gegebenen Vorschriften oder den von der Milchabteilung und ihren Beauftragten auf Grund der Bestimmungen dieser Verordnung erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die sich aus der Unterzeichnung des Verpflichtungsscheins ergebenden Verpflichtungen bleiben unberührt.

§ 3

Den Inhabern von Milchkarten steht ein Anspruch auf Milch nur soweit zu, als Milch vorhanden ist. Die Milchkarte ist nicht übertragbar.

§ 4

Die Abgabe von Vollmilch an die Versorgungsberechtigten durch die Milchhändler erfolgt nach dem System der festen Kundenliste.

Jeder Milchhändler ist gehalten, nach Anweisung der Landherrnschaften Kundenlisten zu führen.

§ 5

Die Milchhändler sind verpflichtet, zunächst die im Besitze von Milchkarten befindlichen Versorgungsberechtigten Verbraucher mit Vollmilch zu beliefern.

Der Verkauf an nichtversorgungsberechtigte Verbraucher ist nur dann gestattet, wenn nach restloser Belieferung aller in der Kundenliste eingetragenen Versorgungsberechtigten noch ein Überschuß zur Verfügung steht.

§ 6

Für den Verkauf von Vollmilch an Versorgungsberechtigte hat jede Milchverkaufsstelle eine angemessene Verkaufszeit festzusetzen.

Sie ist durch Aufhängen eines Plakates im Schaufenster und im Geschäftsraum an deutlich sichtbarer Stelle bekanntzugeben.

§ 7

Ist eine Milchverkaufsstelle infolge unvorhergesehenen Mischanges der Zufuhren länger als drei Tage nicht in der Lage, die bei ihr eingetragenen Versorgungsberechtigten zu beliefern, so hat sie hiervon den Landherrnschaften Mitteilung zu machen.

§ 8

Zur Herbeiführung einer geregelten Verteilung der Vollmilch auf die Versorgungsberechtigten sind die Landherrnschaften befugt, zu bestimmen, daß einzelne Händler einen Teil der von ihnen bezogenen Milch an andere Händler abzugeben haben.

Wenn die Lage der Verhältnisse es erfordert, kann auch eine Umschreibung von Milchkarten aus der Kundenliste eines Händlers in die eines anderen angeordnet werden.

II. Allgemeine Bestimmungen.

§ 9

Die Ausfuhr von Milch aus dem Kommunalverband ist verboten, sofern nicht alte Lieferungsbeziehungen bestehen.

Die Lieferungsbeziehungen von Ende März 1921 sind grundsätzlich aufrechtzuerhalten.

Die Landherrnschaften können zur Sicherung des Milchbedarfs bestimmen, daß von Rughaltern und Milchhändlern Milch an von ihnen bestimmte Stellen zu liefern ist.

§ 10

Die Verarbeitung (Verbutterung, Entrahmung, Verkaufung usw.) von Vollmilch und Magermilch ist den Milchhändlern nur mit Genehmigung der Landherrnschaften nach näherer Anordnung gestattet.

§ 11

Die im Besitze von Milchverteilungsstellen befindlichen Milchverarbeitungseinrichtungen können auf Anweisung der Landherrenschaften unter amtlichen Verschluss genommen werden. Über derart verschlossene Einrichtungen darf nur mit deren Genehmigung verfügt werden.

§ 12

Die gewerksmäßige Abgabe von Vollmilch und Sahne zur Verwendung zu Getränken oder zur Bereitung von Speisen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Erfrischungsräumen, Konditoreien, Bäckereien und Trinthalen ist verboten.

Verboten ist ferner:

1. Vollmilch, Magermilch und Sahne in gewerblichen Betrieben zur Herstellung von anderen Erzeugnissen als Butter und Käse zu verwenden.
2. Sahne in den Verkehr zu bringen außer zur Herstellung von Butter und Käse in gewerblichen Betrieben und außer zur Abgabe an Kranke und Krankenanstalten auf Grund amtlicher Bescheinigung.
3. Beschlagene Sahne, Schlagjähne oder Sahnenpulver herzustellen.

Auf ausländische Dauerjähne finden diese Vorschriften keine Anwendung.

Die Landherrenschaften behalten sich vor, Ausnahmen zu gestatten.

III. Milchverteilung.

§ 13

Der Handel mit Kuhmilch ist nur mit besonderer Erlaubnis der Landherrenschaften zulässig.

Die Erlaubnis wird nur erteilt, wenn der Milchhändler die nötige Gewähr für Abgabe einwandfreier Milch und Brachtung der Vorschriften über den Verkehr mit Milch bietet, insbesondere über die nötigen Fachkenntnisse verfügt und wenn die für den Milchhandel in Aussicht genommenen Räume den bestehenden Bestimmungen entsprechen. Außerdem muß der Milchhändler das Recht auf festen Bezug einer zur Führung eines Geschäftes hinreichenden Menge von Milch nachweisen.

§ 14

Die am 1. Juni 1921 von den Landherrenschaften als Milchverteilungsstellen amtlich anerkannten Milchhändler gelten als vorläufig zugelassen.

Sie haben bis zum 1. Juli 1921 einen Antrag auf Erteilung der endgültigen Erlaubnis bei den Landherrenschaften einzureichen.

§ 15

Inhabern von Milchverteilungsstellen, die sich als unzuverlässig erwiesen haben oder die bei der Milchverteilung die über den Verkehr mit Milch erlassenen Gesetze, Verordnungen oder Anordnungen der Landherrenschaften oder anderer zuständiger Behörden nicht beachten oder bei denen die Voraussetzungen des § 13 Abs. 2 nicht mehr vorliegen, kann durch Anordnung der Landherrenschaften jederzeit die Erlaubnis wieder entzogen werden.

§ 16

Gegen einen Beschluß der Landherrenschaften, durch den ein Antrag auf Erteilung der Erlaubnis abgelehnt oder eine schon erteilte Erlaubnis wieder entzogen wird, kann innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zustellung des Beschlusses schriftlich oder zu Protokoll Beschwerde eingelegt werden.

Die Beschwerde ist bei den Landherrenschaften anzubringen. Über die Beschwerde entscheidet die Senatskommission für Gewerbekursachen endgültig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 17

Zwecks Sicherung der Versorgungsberechtigten mit Milch haben sämtliche Milchhändler und Meiereien wöchentlich bis zum Dienstag der folgenden Woche eine wahrheitsgemäße Anzeige über die Menge der von ihnen in der vergangenen Woche täglich bezogenen und abgeleiteten Vollmilch den Landherrenschaften einzureichen.

Die Woche geht von Sonntag bis zum Sonnabend.

§ 18

Die Milchhändler und Meiereien müssen jederzeit imstande sein, die Richtigkeit der Eintragungen und Anzeigen durch Vorlage geeigneter Belege (Rechnungen der Lieferanten, Zahlungsquittungen, Frachtbriefe, Verjaubscheine usw.) nachzuweisen.

§ 19

Die Inhaber der Milchverteilungsstellen sind verpflichtet, den Beamten und Beauftragten der Landherrenschaften jederzeit das Betreten ihrer Geschäftsräume und derjenigen Privaträume, welche zur Aufbewahrung der Milch, der vorgeschriebenen Listen und sonstigen Geschäftspapiere benutzt werden, die Einsichtnahme in ihre Geschäftsbücher und in die Listen, die Feststellung und Nachprüfung des vorhandenen Milchvorrats zu gestatten sowie jede gewünschte Auskunft zu erteilen und ihren Anordnungen Folge zu leisten.

Die Beamten und Angestellten haben über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die gelegentlich der Ausübung ihres Amtes zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu bewahren.

§ 20

Die Händler dürfen die Milch in die Wohnung des Verbrauchers nur in festverschlossenen Flaschen liefern.

Die Füllung der Flaschen darf nur in dem Betriebsraum des Händlers vorgenommen werden. Diese Vorschrift bezieht sich jedoch nicht auf die Belieferung von Krankenhäusern, Anstalten und Großverbrauchern.

§ 21

Krankenanstalten, Lazaretten und ähnlichen Einrichtungen kann auf Antrag von den Landherrenschaften gestattet werden, auch über den Rahmen der im Besitze ihrer Pflinglinge befindlichen Milchfarmen hinaus für diese Milch zu beziehen.

Wird bei der Genehmigung die Höchstbezugsmenge nicht besonders festgesetzt, so darf bis zu $\frac{1}{2}$ Liter Milch täglich für den einzelnen Kranken bezogen werden.

§ 22

Die Landherrenschaften behalten sich vor, 'Ausnahmen von den Vorschriften der Verordnung zuzulassen.

IV. Strafbestimmungen.

§ 23

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den vorstehend gegebenen Vorschriften oder den

von den Landherrenschaften und ihren Beauftragten auf Grund der Bestimmungen dieser Verordnung erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Der Versuch ist strafbar.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

V. Schlußbestimmungen.

§ 24

Die Milcharten werden von den Polizeistellen, in Bergedorf und Geesthacht an den landherrenschaftlichen Büros daselbst ausgegeben.

§ 25

Die Bekanntmachung der Landherrenschaften vom 24. November 1917 über die Regelung des Verkehrs mit Milch und die darauf erlassenen Verordnungen und die Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Milch im Landgebiet, vom 1. November 1920 werden aufgehoben.

Die Verordnung tritt am 1. Juni 1921 in Kraft.

Hamburg, den 30. Mai 1921.

Die Landherrenschaften.